



Politik ist nichts Unanständiges

Die SPD-Fraktion des Gebhardshainer Verbandsgemeinderates will mit einem Antrag auf Änderung der Nutzungsrichtlinien erreichen, dass künftig politische Veranstaltungen in den Schulen und Schulturnhallen erlaubt werden können.

Konkret soll nach dem Antrag § 2 Abs. 5 komplett gestrichen werden. Der Wortlaut: „In den Schulgebäuden, Schulanlagen und Schulsportanlagen sind parteipolitische Veranstaltungen nicht gestattet“. Aktueller Anlass für den Vorstoß der Sozialdemokraten ist die Vollversammlung der CDU im Kreis Altenkirchen in der Schulturnhalle der Westerwaldschule in Gebhardshain. In der Antragsbegründung weisen die Genossen auf den Widerspruch hin, dass diese Großveranstaltung mit erheblicher Auswirkung auf den Schulbetrieb gestattet worden sei, während sich die CDU im VG-Rat nach der 99-er Kommunalwahl darüber erregt habe, dass die SPD – von der Öffentlichkeit vollkommen unbemerkt und außerhalb der Schulzeiten – in einem Klassenraum der Regionalen Schule eine Programmklausur durchgeführt habe.

Fraktionssprecher Bernd Becker: „Wenn schon Nutzungsrichtlinie, dann muss sie für alle gelten. Wir können ja schlecht da rein schreiben, dass nur CDU-Veranstaltungen erlaubt sind“. Außerdem werde mit dieser Vorschrift die Politik unter den Generalverdacht gestellt, sie sei etwas Unanständiges. Man müsse vielmehr den Schülerinnen und Schülern vermitteln, dass die Politik für ein gedeihliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft wichtig sei. Gerade die Kommunalpolitik sei die größte Ehrenamtsbewegung im Land, ohne die Vieles zusammenbrechen würde.

„Ein Messen mit zweierlei Maß verbietet sich“, heißt es abschließend in der Antragsbegründung und: „Die Genehmigung solcher Großveranstaltungen entgegen der Richtlinie sollte für eine pflichtbewusste Verwaltung unter korrekter Führung auch nicht zur Regel werden“. Deshalb müsse dieser Passus aus der Richtlinie gestrichen werden, meint die SPD und bittet die „Mehrheitsfraktion im Gebhardshainer VG-Rat“, sich dieser Auffassung anzuschließen.

Ästhetisches Gebilde aus Edelstahl und Glas

Für die nächste Sitzung des Bau- und Umweltausschusses wurden die SPD-Vertreter beauftragt, darauf zu achten, dass der vom Rat in den Ausschuss verwiesene SPD-Antrag zur Rathausrenovierung (Einbau einer Holzpellets-Heizanlage) dort auch Berücksichtigung findet. Bisher hatte es immer geheißen, eine solche zukunftsweisende Technik zur Nutzung einer erneuerbaren Energieform sei nicht möglich, weil kein Platz für einen Pelletsvorrat vorhanden sei. Dazu will die SPD im Bauausschuss einen eigenen Vorschlag einbringen. Danach soll mitten auf dem Platz vor dem Rathaus ein Pelletssilo entstehen, aus dem mit einer durchaus üblichen und problemlosen Technik durch eine unterirdische Rohrleitung der Brennstoff angesaugt werde.

„Das soll ein ästhetisches Gebilde aus Edelstahl und Glas sein“, fasste Werner Bürckel die Beschreibung zusammen und Ideengeber Bernd Becker fügte hinzu, dass damit die kommunalpolitische Verantwortung für die Energiepolitik der Gegenwart und Zukunft dokumentiert werde. Sicher seien auch Partner, wie etwa die Initiative Westerwaldholz, zu finden, die einen Finanzierungsanteil leisten würden. Ein solcher Behälter, der in etwa den Jahresbedarf des Rathauses an Holzpellets fasse, solle – so die SPD-Politiker – integrierter Bestandteil eines attraktiv gestalteten Rathausvorplatzes werden. Möglicherweise könne die Anlage sinnvoll mit einem Beitrag zur „Kunst am Bau“ verknüpft werden. Die SPD-Fraktion hofft, dass die Begeisterung für diese Lösung auch auf die anderen Fraktionen und die Verwaltung überschlägt. „Dann müssen wir nur noch daran arbeiten, dass das gegenüber langweiligen Lösungen kostenneutral abgeht“, meinte Fraktionssprecher Becker abschließend.